

denn die Gemeinde genau an dieser Stelle? Wir zahlen alle hohe Energiebeiträge. Dazu gab es in der Gemeindevertretung am 13.10.2022 die Fragestellung eines Abgeordneten, er möchte für den Umweltausschuss von der Verwaltung eine Zuarbeit haben, dass dieses Konzept überarbeitet wird und welche Inhalte zum Tragen kommen? Ihm und den Abgeordneten sei nichts bekannt, dass eine Zuarbeit stattfand. Also ist die Zuarbeit noch offen. Die Frage sei, wie man mit diesem Dokument weiter umgeht? Die Gemeinde habe dafür 70.000 € ausgegeben und ob wir das nun in die Schublade packen oder noch mal 23.000 € für die Öffentlichkeitsarbeit obendrauf legen. Er wisse nicht, ob das zielführend sei. Das Thema sei so wichtig, dass man als Gemeinde einen Signal setzen müsse.

Zum Thema Energiemanager möchte er wissen, wer aus der Verwaltung sich mit diesem Thema beschäftigt?

Frau Hank erklärt, dass das ein Zusammenspiel aus Ordnungsamt und Bauamt sei. Frau Krusch-Ludorf sei federführend und macht auch Schulungen.

Herr Wank betont noch mal, dass die Anfrage um Zuarbeit für diesen Ausschuss eines Abgeordneten aus der Gemeindevertretung am 13.10.2022 noch ausstünde.

Frau Hank hat sich die Vorgang notiert und wird ihn weitergeben. Sie gibt den Hinweis, dass im Zuge der Vorbereitung einer Sitzung explizit die Fragestellung mitgegeben wird. Dann könne man sich besser vorbereiten.

TOP 6.2 Umgang und Bearbeitung mit Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern

Herr Schönberg erläutert, dass ihm 2 Hinweise von Bürger vorliegen. Die eine aus dem Jahr 2020. Eine Bürgerin aus Grünefeld hatte sich bezüglich des Verkehrsschildes Kienberger Straße direkt an Herrn Oehme gewandt und es gab bisher seitens der Verwaltung keine Antwort. Er bittet die Verwaltung den Bürger wenigstens eine Eingangsbestätigung zu schicken oder ein kurzes Telefonat, dass man sich um den gegebenen Hinweis kümmere. Er habe erst vor Kurzem von der Sache erfahren und habe bei der Verwaltung angerufen. Da wurde ihm sofort mitgeteilt, dass der Vorgang aufgenommen wurde und in 2024 umgesetzt werde. Das könnte man mit den Bürgern auch tun, um Beschwerde zu vermeiden.

Ein anderes Thema, eine Bürgerin aus Schönwalde-Dorf hatte bereits vor Jahren die Verwaltung über das Pferdeproblem informiert. Er fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob die betreffende Bürgerin zu diesem Sachverhalt sprechen darf und danach kann diskutiert werden, wie der Bürgerin geholfen werden kann bzw. wie sie unterstützt werden kann. Ferner schlägt er einen Vororttermin für die Ausschussmitglieder vor, um sich die Problematik vor Ort anzuschauen.

Die Abgeordneten stimmen einstimmig dafür und erteilen der Bürgerin das Wort.

Die Bürgerin erläutert ihr Anliegen. 2019 wurde ein Antrag einer Fraktion in die Gemeindevertretung gebracht, wo über eine Pferdesteuer beschieden werden sollte. Dies wurde von der Gemeindevertretung abgelehnt. Es wurde jedoch beschlossen, die Problematik, die seit Jahren besteht in die Ausschüsse zur Beratung zu geben. Unter anderem wurde das Veterinäramt mit einbezogen um darzulegen, wie die Pferde in der Gemeinde erfasst werden. Die Ausschüsse hatten damals viele gute Ansätze ausgearbeitet. Jedoch wurde das Thema nicht weiter verfolgt. Aus welchen Gründe keine Weiterbearbeitung folgte, erschließe sich ihr nicht. Der Tenor war eindeutig, es gibt viele Probleme und so kann es nicht weitergehen. Die Tatsache, dass einige Pferdehöfe nicht ganz legal sind, stand im Raum und die Anzahl der Pferde weit

aus höher sei, als angegeben. Damals wollte die Verwaltung Anfragen beim Bauordnungsamt starten. Es wurde beraten, ob eine spezielle Pferdemarka ausgegeben werden soll. Das ganze Thema sei eingeschlafen, aber die Probleme gibt es immer noch bei diversen Bürgern. Es gibt noch andere Bewohner in Schönwalde-Glien wie Radfahrer, Fußgänger und Jogger, eben nicht nur Pferde bzw. Reiter. Vielen Menschen wollen die Natur genießen und das sei schon seit längerem nicht mehr möglich. Sie habe eine Landschaftskarte erstellt, die nicht detailgetreu war, wo welche Gebiete seit 1999 bis jetzt eingezäunt bzw. eingekoppelt sind. Es sind viele Flächen einfach mit Stromzäunen eingekoppelt, obwohl da keine Pferde gehalten werden. Wenn jeder sein Feld mit solchen Zäunen umfasst, haben wir noch ganz andere Problem wie beispielsweise den Wildwechsel. Man müsse sich die Thematik einmal anschauen und auch sie Frau Hank, fangen immer wieder von vorne an. Das Problem besteht aber schon viele Jahre.

Frau Deutschländer teilt als Mitglied des Ortsbeirats Schönwalde-Dorf mit, dass die Problematik seit Jahren besteht und sich der Ortsbeirat schon des Öfteren damit befasst habe. 2015 gab es bereits einen Zeitungsartikel darüber. Aber getan habe sich nichts. Tatsache ist, dass die Verwaltung wieder von vorne anfängt. Über die Legalität der Pferdehöfe kann sie nichts sagen. Viele Pferde sind eingezäunt und haben keinen Unterstand. Die stehen bei Wind und Wetter draußen. Kein Bürger kann 150m mehr in den Wald reingehen, egal welche der 7 Zugewegungen von Schönwalde man nimmt. Man können nur noch quer durch den Wald, weil die Wege zerritten sind. Nicht alles kann man den Pferde zuordnen, aber wenn die Pferde irgendwo untergestellt werden, müssen sie auch versorgt werden. Dann fahren die Traktoren einmal täglich durch den Wald, um den Tieren Wasser zu bringen. Ihr fehle aber der Ansatz, inwieweit das Amt da tätig werden könne. Wir müssten eine Regelung finden, die Waldzugewegungen für Reiter zu beschildern. Sie spricht sich für die Reiterplakette aus und gegen die Pferdesteuer. Steuern sind nicht zweckgebunden, die werden dann für alles verwendet, am besten noch für den Straßenbau.

Herr Wank findet die vorgebrachten Argumente alle zielführend. Es sei ein bunter Strauß an Möglichkeiten, die es gibt. Er gibt auch allen Recht, es kommt immer darauf an, was tun die Reiter? Wer führt sie? Das alles auf dem Rücken der Pferde, im wahrsten Sinn des Wortes, abzulegen, halte er für Dummzeug. Er empfindet das Zuparken der Straße Am Bahnhof und auch anderen Straßen als massiv belastend. Bis zu 30 Fahrzeuge parken dort und teilweise auch auf den Weg, der extra für die Pferde geschaffen wurde. Das interessiert die Menschen überhaupt nicht. Er kritisiert, dass dagegen niemand etwas tue. Hier sei Handlungsbedarf, der kurzfristig erfolgen müsse, dass wenigstens Feuerwehren oder Müllfahrzeuge da durchkommen können. Er erwarte Handlung von der Verwaltung und das kurzfristig.

Herr Schönberg betont daher sein Ansinnen gemeinsam mit der Verwaltung nach einer Lösung zu suchen. Sein Vorschlag sei es gemeinsam mit den betroffenen Bürgern, den Pferdehöfen, der Ausschussmitglieder und der Verwaltung einen Vororttermin zu eruieren und gemeinsam einen Lösungsansatz finden. Ohne Vorhalten darüber, was nicht passiert ist.

Frau Hank sagt, dass das Thema immer präsent sei und wir nicht allein zuständig sind, dieses Problem zu lösen. Der Landkreis sei mit in der Pflicht, sei es bei den illegalen Pferdehöfen oder der Umgang mit den Pferden. Die Verwaltung könne nicht alleine Maßnahmen umsetzen. Erhalten wir Hinweise aus der Bevölkerung, geben wir die Hinweise an den Landkreis weiter. Auch wir sind irgendwann an dem Punkt, wo wir immer nur nachfragen können.

Erhalten wir Kenntnis über zuparkte Straßen, fährt unser Mitarbeiter für den ruhenden Verkehr dort hin und schaut, wo die stehen und prüft, ob die das dürfen. Gerne können sie uns weiterhin Hinweise geben.

Herr Wank bestärkt seine Aussage, dass die Fahrzeuge da grundsätzlich parken.

Frau Hank stellt einen Termin mit allen Beteiligten in der Masse infrage, ob das zielführend wäre.

Herr Kondziella möchte wissen, welche vertraglichen Auflagen die Pferdehofbetreiber haben?

Frau Hank sagt, dass sie die Auflagen gemäß entsprechender Baugenehmigung haben.

Herr Schönberg hält an seinem Vorschlag fest einen Vororttermin stattfinden zu lassen und gemeinsam mit den Pferdehöfen zu sprechen und nicht über sie.

Herr Mund erläutert, dass hinsichtlich der letzten Baugenehmigungen aus den Gemeindevertretungen, die alle Auflagen bekommen haben, bestimmten Parkplätzen nachzuweisen. Das Problem sei seiner Meinung nach, dass einige Pferdehöfe damals schon einen Bestandschutz hatten und nicht die Auflagen hatten. Wie soll man Herr des Problems werden? Er spricht die Errichtung von Pollern in dem Bereich an und welchen Protest dies mit sich führte. Man kriegt keine Seite zufrieden.

Herr Kondziella ist der Meinung, dass er gerne wissen möchte, welche Auflagen die Leute haben, bevor er sich mit denen trifft. Über Straßenschilder kann man auch Sachen erzwingen. Weiter sollte vorab geprüft werden, welche Höfe illegal sind, bevor man in eine Diskussion geht.

Frau Hank stellt klar, dass für die Überprüfung illegaler Bauten das Bauordnungsamt zuständig sei. Erhalten wir Kenntnis über illegale Bauten leiten wir es an das Bauordnungsamt weiter. Die Mitarbeiter der Verwaltung können nicht durch die Gegend laufen und schauen wie viele Pferdehöfe da sind, legal oder illegal sind. Das sei Aufgabe des Landkreises und nicht der Gemeinde Schönwalde-Glien. Grundsätzlich muss davon ausgegangen werden, dass alles was da gebaut ist, offiziell dort stehen darf. Sie könne nicht auf Generalverdacht alle überprüfen.

Herr Kondziella meint, dass es ja irgendwo eine Aussage geben müsse, wie viele Höfe dort sein dürfen. Diese Information muss man ja irgendwo her bekommen.

Herr Westdickenberg sagt, dass wir wieder an dem Punkt gelangt sind, wo wir vor Jahren schon waren. Es kommen ganz viele Dinge, die in einen Topf geworfen werden, an Mangel an Fachwissen oder Gesetzen und individuellen Absprachen. Es gibt ganz viele Emotionen, die eine wichtige Rolle spielen. Wir stellen es als Pferdebetriebe fest. Wir sind Hoteliers und werden für unsere Hotelgäste verantwortlich gemacht. Das sei schon eine Vermengung, die überhaupt nicht funktionieren kann. Wir reden über Genehmigungen von illegalen Betrieben, dass wäre etwas ganz anderes, als ein Pferd als Verkehrsteilnehmer auf der Straße und deren Hinterlassenschaften. Wir reden von Verkehrsteilnehmern, die verkehrswidrig parken. Es sind viele verschiedene Themenkomplexe und er weigerte sich bei so einer Veranstaltung dabei zu sein. Er habe Stunden, Tage und Wochen investiert, 2 Mal war das Thema Pferdesteuer hier auf der Tagesordnung. Es sei immer dahingehend geendet, weil es ein ungeheurer Fächer von Emotionen sei, der zusammengelegt wird. Jeder hat eine andere Sichtweise auf die Dinge. Es gibt definitiv Dinge, die er so unterschreiben würde, die heute hier aufgeführt wurden. Die Verdrückung des Radweges in der Straße Am Bahnhof, das Parken seitlich der Straße, so dass große Fahrzeuge nicht mehr durchkommen, das sind Punkte die stimmen. Die Erfahrung habe gezeigt, je mehr Leute am Tisch sitzen, umso mehr Leute ihre Fantasie da mit reinbringen, umso weniger werden wir überhaupt auch nur ansatzweise in den Raum einer Lösung kommen. Wir haben das damals im Rahmen des Umweltausschusses gemacht und er

empfangt dies als umfangreichen Rahmen einschließlich Veterinäramt usw. als eine sehr gute Veranstaltung. Es wurden gute Ergebnisse zusammengetragen. Es sei auch im Nachgang etwas passiert. Beispielsweise mussten illegale Stallbauten zurückgebaut werden. Das Schwierigste wird sein, die Pferdebetriebe mit ins Boot zu bekommen, was damals auch nicht gelang. Die einzige Möglichkeit, die wir haben, sei immer wieder die Leute darauf hinzuweisen und Überzeugungsarbeit zu leisten. Ein weiterer Punkt wäre rigoros gesetzliche Vorgaben durchzugreifen.

Frau Deutschländer sagt, dass die Plaketten nicht dazu dienen sollen, den Reiter hinterher zu rennen. Es sollen damit Einnahmen generiert werden, damit wir eins verhindern, dass die Reiter aus Berlin mit ihren Pferdewagen am Wochenende nach Schönwalde-Glien fahren, die Straßen zu parken, teilweise mitten auf dem Dorfplatz und dann losreiten. Die Illegalität der Pferdehöfe hält sich ihrer Meinung nach arg in Grenzen. Ihr falle im Moment nur einer ein, wo es fraglich sein könnte. Für die Pferdehöfe gibt es auch einen Bebauungsplan. Vielleicht schaut man mal da hinein und prüft wie viele Parkplätze die Höfe vorhalten müssen. Vor den Pferdehöfen könnte man 200 m rechts und 200 m links eine Parkverbotszone einrichten und dann stehe da auch keiner mehr. Ein weiteres Problem sei, nehmen wir einen Pferdehof, der eine Legalisierung hat und es gibt einen Bebauungsplan. In diesem Bebauungsplan steht, Pferdehaltung 30 Pferde. Da fängst du am Wochenende an die Pferde zu zählen. Am Ende bist du dann nicht bei 30 schwarzen Pferden, sondern bei 60. Diese 60 Pferde müssen auch irgendwo stehen und eigentlich war dieser Hof mal für 30 ausgelegt. Dann geht das los, worüber wir reden, dann entwickeln die sich irgendwo nach hinten weiter. Es entstehen neue Umzäunungen. Es werden Wiesen auf einmal eingezäunt oder temporär irgendwo Pferde „zwischengeparkt“. Die Stromkabel bleiben und das sei eher das Problem. Sie könne nachvollziehen, dass die Verwaltung das schlecht kontrollieren kann. Auf der Agenda des Ortsbeirates Dorf stehe dieses Problem ganz weit hinten neben der Förderung der Vereine. Dieser wird sich mit dem Thema beschäftigen und Vorschläge einreichen.

Frau Hank stellt klar, dass die Baugenehmigungen vom Bauordnungsamt unterschrieben sind und die sind auch für die Umsetzung zuständig. Erfahren wir von irgendwelchen Problemen oder Missständen, leiten wir es sofort weiter.

Herr Kordt gibt den Aussagen von Herrn Westdickenberg recht. Es gibt einen ganzen Strauß von Problemen. Höfe, die alles vorbildlich geregelt haben, kommen in Misskredit. Das dürfe auf keinen Fall passieren. Man müsse den Ortsbeirat Dorf in der Lösungsfindung seitens der Verwaltung unterstützen. Es sind nicht 30 Baugenehmigungen zu prüfen, sondern 4 bis 5. Es sollte möglich sein, diese zu prüfen oder dem Ortsbeirat zur Verfügung zu stellen.

Frau Hank gibt an, sollte der Ortsbeirat die Bebauungspläne in Vorbereitung seiner Sitzung benötigen, könne dieser an Frau Krusch-Ludorf oder an das Bauamt herantreten und einen Antrag stellen. Das könne dann entsprechend vorbereitet werden.

Herr Kordt rät vom einen Vororttermin ab, weil es immer welche geben wird, die an einer Lösung nicht interessiert sind und ihr eigenes Ding machen wollen.

Frau Hank macht den Vorschlag eine Sache nach der anderen abzuarbeiten. Wir probieren es jetzt erstmal mit den Grundstücken, mit den Parkplätzen und dann können wir Stück für Stück weiterarbeiten. Als Verwaltung wollen wir uns der Sache nicht entziehen, aber es muss sinnvoll sein und es muss strukturiert sein.

Herr Wank bemerkt nochmals die Verschmutzung der Wege angesprochen zu haben. Teilweise sind die Wege stark verdreckt. Nach einem Regen sehe es besser aus, aber der Fahrradweg Richtung Wansdorf sieht schon sehr wüst aus. Sein Vorschlag wäre, der Bauhof fährt

im Herbst, also wenn viel Laub fällt, gelegentlich die Wege mit der Kehrmaschine ab. Vielleicht bestände ja auch die Möglichkeit außerhalb der Laubperiode in regelmäßigen Abständen dieses Verfahren zu nutzen. Der Bürger wird es ihnen danken.

Frau Hank nimmt die Anregung auf und wird es mit dem Bauhof besprechen.

TOP 6.3 Schreiben eines Bürgers - Maßnahmen der Gemeinde zum
Thema Katastrophenschutz

MI 011/2023

Herr Wank erläutert das Anliegen des eingereichten Schreibens des Bürger für Schönwalde-Glien e.V. vom 09.01.2023 zum Thema Katastrophenschutz.

Frau Hank erklärt, dass die Bürger im Katastrophenfall den Anweisungen der örtlichen Feuerwehr oder der örtlichen Ordnungsbehörden zu folgen haben.

Herr Wank sind die Aussagen von Frau Hank zu „platt“.

Frau Hank könne nicht alle Maßnahmen im Detail hier ausführen. Teilweise sei auch der Landkreis dafür zuständig.

Herr Wank möchte aus Bürgersicht sicher gestellt wissen, was im Katastrophenfall wie Dauereggen, umfallende Bäume oder Stromausfall zu tun ist.

Frau Hank übergibt ein Buch mit Informationen. Weiter erklärt sie, dass jeder Bürger mündig sei und sich selbst informieren könne. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz sei da sehr hilfreich und dort könne man sich belesen, welche Maßnahmen der Bürger für sich ergreifen kann bei bestimmten Katastrophenfällen. Ansonsten greifen die behördlichen Maßnahmen und die seien je nach Auswirkung der Katastrophe unterschiedlich und in unterschiedlichen Ausmaßen. Mal sei es eine Sache der Gemeinde, mal sei es eine Sache des Landkreises. Gerne können diese Bücher an Bürger verteilt werden. Ein Verweis auf die Verwaltung sei auch möglich. Dort liegen die Bücher auch aus. Andere Informationen könne sie nicht geben.

Herr Axe erklärt, dass das grundsätzlich die Aufgabe des Trägers nach § 3 Ordnungs- und Katastrophenschutz die Förderung der Selbsthilfe der Bevölkerung sei. Das bedeutet, Frau Hank hat ihnen die Prospekte gezeigt und in dem Moment haben wir unseren Zweck erfüllt. Der Bürger ist mündig. Er kann im BBK (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) ein bisschen wühlen und findet zu allen Themen, die sie genannt haben, sämtliche Dokumente. Das Nächste wäre das Ausrufen eines Katastrophenfalles oder einer Notstandslage, das dem Landrat unterliegt oder dem Oberbürgermeister. Das sei in Berlin eine ganz andere Nummer. In Brandenburg sei das so, dass für den Katastrophenschutz grundsätzlich das Land zuständig ist und nachfolgend die untere Katastrophenschutzbehörde, der Landkreis. Die Gemeinde Schönwalde-Glien habe mit Katastrophenschutz überhaupt nichts zu tun. Sie ist nur der Unterstützer des unteren Katastrophenschutzes. Der Standort der unteren Katastrophenschutzbehörde des Landkreises ist Friesack. Dort werde alles für den Katastrophenschutz vorgehalten, was im Rahmen des Landkreises möglich ist. Was da nicht möglich ist, wird auf Landebene vorgehalten.

Frau Hank ergänzt, dass die Gemeinde unterstützend tätig wird, wie die Bereitstellung von Notstromaggregate.

Herr Kondziella versteht die Ausführungen von Herrn Axe, kann aber auch das Anliegen des Schreibens verstehen. Er versteht nicht warum das Schreiben jetzt erst vorliegt und nicht bereits im Januar. Für einen Bürger, der in Schönwalde-Glien wohnt, ist der erste